

Antrag Nr. 11-F-03-0121

Bündnis 90/Die Grünen

Betreff:

Raus aus der Transparenzdefensive - Wiesbaden: transparent und bürgernah
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.12.2011 -

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest:

Eine transparente Politik ist Voraussetzung für die Demokratie in einer modernen Bürgergesellschaft. Bürgerbeteiligung verkommt zu einer Farce, wenn sie einzig als Legitimationsgrundlage für unpopuläre Entscheidungen angesehen und genutzt wird, das haben nicht zuletzt die Auseinandersetzungen um Stuttgart 21 gezeigt.

Der Magistrat wird gebeten,

1. sicherzustellen, dass den Stadtverordneten eine qualifizierte Auseinandersetzung mit den zu bearbeitenden Vorlagen möglich ist, indem er einen ausreichenden Vorlauf schafft um Zwangsentscheidungen unter Zeitdruck zu vermeiden.
2. den Fraktionen wichtige Fristen zu Verfahren bei Eingang mitzuteilen.
3. Stellungnahmen und Einsprüche so frühzeitig zu erstellen, dass sie noch rechtzeitig vor Fristablauf in den zuständigen Fachausschüssen und der Stadtverordnetenversammlung beraten und entschieden werden können.
4. Projekte, die zu einer höheren Transparenz und/oder Bürgerbeteiligung führen, wie beispielweise Abgeordnetenwatch, zu unterstützen.
5. bei Großprojekten der Stadt Wiesbaden (z.B. Rhein-Main-Hallen, Platz der Deutschen Einheit, Kureck, Stadtbahn) eine über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinausgehende Bürgerbeteiligung durchzuführen. Dazu gehören umfassende Informationen von Anfang an, die die Bürgerinnen und Bürgern in die Lage versetzen, fundierte Bewertungen abzugeben.
6. den Beschluss 0242 der Stadtverordnetenversammlung vom 06. Mai 2010, "2. den Haushalt für die Öffentlichkeit lesbar auf die Homepage der Landeshauptstadt Wiesbaden einzustellen (analog der Stadt Frankfurt am Main)" und "3. in Kooperation mit den Stadtverordneten weiterhin an einer Verbesserung der Transparenz und Lesbarkeit des städtischen Haushalts für die kommenden Jahre zu arbeiten" endlich umzusetzen. Zur Umsetzung des Punktes 2 des Beschlusses gehört nicht nur eine Veröffentlichung in PDF-Form, sondern auch eine Aufbereitung in elektronisch lesbarer Form, z.B. Excel oder CSV. In Umsetzung des Punktes 3 des Beschlusses soll der Haushaltsplan der Landeshauptstadt Wiesbaden transparenter gestaltet werden, indem die Kostenstellenübersichten der Teilergebnishaushalte bis auf Kontenebene heruntergebrochen werden, so wie es zum Beispiel im Haushaltsplan der Stadt Darmstadt geschieht.
7. eine verkürzte, transparent und einfach dargestellte Gesamtübersicht über den städtischen Haushalt (analog zur Darmstädter Broschüre) zu entwickeln, den Gremien vorzustellen und nach Beratung online zu stellen.

Antrag Nr. 11-F-03-0121
Bündnis 90/Die Grünen

8. sicherzustellen, dass die Besetzung von Kommissionen/Aufsichtsräten von Eigenbetrieben und städtischen Gesellschaften die parlamentarischen Stärkeverhältnisse widerspiegelt.

Wiesbaden, 08.12.2011

Christiane Hinnerger
- Fraktionsvorsitzende

Sebastian Neumann
- Fraktionsassistent